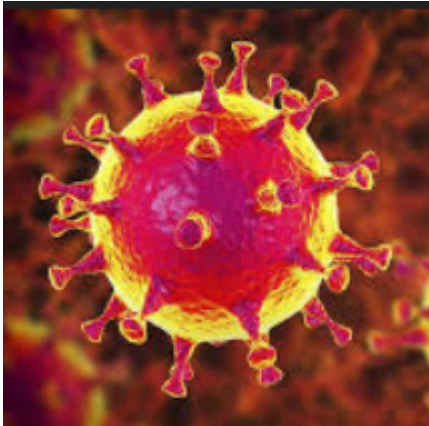


Studie zu Corona-Folgen in USA



Bis zu 40 Millionen Mietern droht Räumung

Die US-Wirtschaft steckt infolge der COVID-19-Pandemie in einer schweren Krise. Die Arbeitslosenquote liegt bei zehn Prozent. Einer Studie zufolge steht Millionen Menschen eine Zwangsäumung bevor, weil sie nach dem Verlust ihres Jobs die Miete nicht mehr zahlen können.

Die größte Volkswirtschaft der Welt befindet sich trotz Lockerungen der Corona-Auflagen immer noch in einer schweren Krise. Infolge der COVID-19-Pandemie war die Wirtschaftsleistung in den USA im zweiten Quartal trotz massiver Konjunkturpakete dramatisch eingebrochen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank auf das Jahr gerechnet um 32,9 Prozent – der stärkste Rückgang seit 1947.

Rund 17 Millionen Menschen beziehen derzeit in den USA Arbeitslosengeld

Die Pandemie führte im Land zu Massenarbeitslosigkeit. Allein in den letzten Juli-Wochen stellten nach Angaben des US-Arbeitsministeriums mehr als 1,4 Millionen US-Bürger einen Erstantrag auf Arbeitslosenhilfe. Die Arbeitslosenquote lag im Juli bei gut zehn Prozent. Vor der Pandemie hatte sie noch bei 3,5 Prozent gelegen. Insgesamt rund 17 Millionen Menschen sind

derzeit in den USA als Empfänger von Arbeitslosenhilfe der Bundesstaaten registriert. Die Höhe der Beträge ist von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich. In Florida beispielsweise erhalten arbeitslose Erwerbsfähige wöchentlich höchstens 275 Dollar. In New Jersey hingegen sind es höchstens 536 Dollar in der Woche.

Nun zeigt eine Analyse, dass die Jobverluste und die prekäre wirtschaftliche Lage zahlreicher US-Bürger zu massenhafter Obdachlosigkeit im Land führen könnten. Zwischen 30 und 40 Millionen Mietern in den USA droht in den kommenden Monaten eine Zwangsäumung, weil sie ihre Miete nicht mehr zahlen können. Zu diesem Ergebnis kam die Studie einer Gruppe von Forschern renommierter Hochschulen wie dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) und der Universität Princeton. Vor der COVID-19-Pandemie kam es in den USA jährlich zu etwa 3,7 Millionen Zwangsäumungen.

Besonders stark gefährdet sind laut den Wissenschaftlern Angehörige von Minderheiten, darunter Schwarze und Latinos. Nach Angaben der Experten könnten gar bis zu 43 Prozent aller Miethaushalte betroffen sein. Es drohe die "womöglich schwerwiegendste Unterkunftskrise in der Geschichte" des Landes, warnten die Experten. Grundlage für die Analyse waren demnach vor allem Befragungen von Mietern und deren Angaben zu ihrer finanziellen Situation.

Rund 100 Millionen US-Amerikaner leben in Mietimmobilien

Besonders für Immigranten hatte die Pandemie schwere wirtschaftliche Folgen, da sie oft kein Anrecht auf Arbeitslosenhilfe haben. Zudem haben viele keinen geregelten Aufenthaltsstatus und gehen aus Angst vor einer Abschiebung selten rechtlich gegen Zwangsäumungen vor. Rund 100 Millionen US-Amerikaner leben in Mietimmobilien. Ausbleibende Zahlungen drohen auch Immobilienbesitzern, die Schwierigkeiten bekommen könnten, ihre Immobilien-Kredite zu bedienen, warnten die Forscher.

Ein vorübergehendes Verbot von Zwangsäumungen auf Bundesebene für bestimmte Immobilien wegen der Corona-Krise lief Ende Juli

aus. Auch in mehreren Bundesstaaten waren ähnliche Regelungen ausgelaufen. Zudem hatten arbeitslose Amerikaner ebenfalls bis Ende Juli zusätzlich zur Arbeitslosenhilfe ihres Bundesstaats noch 600 Dollar pro Woche im Rahmen eines Corona-Rettungspakets der Regierung bekommen. Bislang konnten sich Regierung, Republikaner und Demokraten jedoch nicht auf ein weiteres Konjunkturpaket einigen.

Trump ordnet Teile eines neuen Corona-Konjunkturpakets per Verfügung an

Nachdem die Verhandlungen im US-Kongress gescheitert waren, ordnete US-Präsident Donald Trump am vergangenen Wochenende Teile eines neuen Corona-Konjunkturpakets per Verfügung an. Dieses sieht bis zu 400 US-Dollar an zusätzlichen Hilfen für Arbeitslose pro Woche bis zum Jahresende, weniger Zwangsräumungen zahlungsunfähiger Mieter und einen Aufschub bei der Zahlung von Sozialversicherungsabgaben vor.

Nach Meinung von Kritikern stehen Teile seiner Verfügungen aber auf sehr dünnem Eis, denn alle Maßnahmen, die neue Finanzmittel erfordern, bedürfen der Zustimmung des US-Kongresses. Dort wären Trumps Republikaner aber auf einen Kompromiss mit den Demokraten angewiesen. Trump will das Problem umgehen, indem er bestehende Mittel umwidmet, zum Teil aus vorigen Konjunkturpaketen und aus eisernen Reserven des Katastrophenschutzes. Trotzdem dürften die Mittel Kritikern zufolge bestenfalls ausreichen, um das zusätzliche Arbeitslosengeld für ein paar Wochen zu zahlen. Zudem wird wohl schon bald gegen Trumps Alleingang geklagt werden.

Entnommen bei www.atheisten-info.at (Erwin Peterseil).